

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.



Januz v. Dollinger und die Judenverfolgungen.

Die ungeschicklichen Judenverfolgungen, welche gegenwärtig von der ruffischen Regierung angeordnet werden, erwidern unwillkürlich an die spanischen Inquisition, die jetzt genau vor 500 Jahren sich ereignete. Damals 1391 tobte ein furchtbarer Sturm über die ganze spanische Halbinsel, dem Tausende und Abertausende von armen, schuldlosen Juden zum Opfer fielen. Was sich damals in Spanien vollzog, das wiederholt sich nach einem halben Jahrtausend, unter den Augen des gebildeten Europa, jetzt in Rußland. Damals wie heute schloste ein wüthender Haß das Feuer der spanischen Schandeburde der Religion Christi vor ein Verdammniß in Gott; sein wüthiger Nachfolger in Rußland heißt Bobrodeneski! Es erhebt sich nicht überflüssig, auch einmal im Vorübergehen an jene schmerzlichen Zeiten der Geschichte zu erinnern, und das um so mehr, als die fromme Kreuz-Bez. vor einigen Tagen die sehr lobenswerthe Bemerkung machte, daß die allgemeine Unwissenlichkeit sich nicht abends angedrückt der ruffischen Judenverfolgungen ein recht bemerkenswerthes Zeichen der Zeit sei. Nun, es ist wahr. Das öffentliche Gewissen Europas hat in den letzten Jahrzehnten mehr als einmal eine gewisse Trägheit gezeigt, so daß es sehr häufiger Aufrechterhaltungsbemühungen bedurfte, um daselbst aus seiner Schläfrigkeit herauszuwachen. Das jetzt sich auch bei diesen Verfolgungen geltend machende, Allen das niedrige Gefühl Europas schäme sich wieder zu regen, und die bestehenden Feinde aller in menschlichem Sinne fortschreitenden Gerechtigkeit, nämlich die der Verfolgung anhängenden Sippen, werden sich an dem Triumph ihrer Schandenthaten nicht mehr lange weiden. Der Kreuzzeitung stellen wir aber den Grund für jene betrübende, von ihr aber in ihrer Verzeihlichkeit gewöhnlich Scheinung rundherum herauszuheben. Ihre und der Jünger ihre Selbsthätigkeit hätten durch die über ein Jahrzehnt anhaltende Herrschaft die feine Empfindung für Unrecht im öffentlichen Leben erdrückt. Eine Hauptursache für die Gewissenlosverdrängung und die Verdrängung des öffentlichen Rechtsgefühls ist von jeder die „Kreuzzeitung“ und ihr Anhang gewesen. Mit der Religion der Menschheit, wie sie das Alte und das Neue Lehrenten lehren, haben die „Kreuzzeitung“ und ihr Anhang nicht nur nicht gekämpft, nein, sie schloßen einander sogar ihren Vöthen nach aus. Apathische Selbsthätigkeit und die selbstlose Nächstenliebe betrogen sich mit einander wie Feuer und Wasser!

gesteht, wenn man sie als die ersten und einflussreichsten Tagesblätter betrachtet, welche die Welt gesehen. Diese Rassenbriefe, diese Briefe an die Epöche erscheinen in Wahrheit als Leitartikel; aber freilich Leitartikel, die für die Ewigkeit geschrieben sind. In die Geschichte sind sie geschrieben, weil sie von dem göttlichen Genus des Reiches und der Wahrheit durchdringt sind. Darum sind sie unvergänglich, weil sie die Empfindung für Gerechtigkeit im öffentlichen Leben, welche unter der Herrschaft der brutalen Selbsthätigkeit zur Zeit des römischen Kaiserreichs unterdrückt war, so abnehmlich wie es leider auch heut der Fall ist, wieder von Neuem zu lebhaftiger Empfanglichkeit angefaßt haben.

In Rußland ist allem nach längerem Verden der ehemalige langjährige rumanische Ministerpräsident Joan Bratianu gestorben. In ihm hat Rumanien einen seiner tüchtigsten Staatsmänner und besten Patrioten verloren. Nach dem freiwilligen rumanischen Revolutionen 1848 floß Bratianu nach Frankreich und wurde in der Folge der Revolutionen von Bratianu 1876 die Regierung der Union der Noth und Nothwehr unter dem Fürsten Carol, Fürst Carol machte im 1887 zum Minister, aber schon nach Jahresfrist machte Bratianu zurückzutreten. Er ging dann zur Opposition über und ließ sich verzeihen, im August 1870 eine Resolution gegen den Fürsten anzustellen, die allerdings wiederum an die Spitze der Regierung berufen, welche er fortan noch 12 Jahre leitete. Verschiedene Ministerien übernahm er glänzend durch wiederholte Rekonstruktionen seines Cabinets. Bratianu war allmählich ruhiger und besonnener geworden und erhielt schließlich den Vertrauen des Königs. Nach dem russisch-türkischen Krieg legte er die Erhebung Rumaniens zum Königreich durch, unter seinem Regime wurden die Beziehungen zu den Centralmächten freundschaftlich gestaltet, er hobte eine Anlehnung an den Dreieinig an. Im Laufe der Jahre aber rief unter ihm eine verderbliche Korruption ein, die übrigen Führer der liberalen Partei mitbrachten Bratianus Vertrauenswürdigkeit in empörender Weise, und diese Korruption jagte Bratianu selbst schließlich zum Rücktritt. Seitdem sind verschiedene Ministerien einander gefolgt, eine stabile Regierung hat Rumanien seit Bratianus Weggang nicht mehr gehabt. Mit dem König Paul Bratianu, der ein Alter von 39 Jahren erreicht hat, bis an sein Lebensende im besten Einvernehmen.

Rußland, 15. Mai. (M. T. B.) In ihrer heutigen Sitzung beendete die Kammer die Wahlen, daran wurde der Regierungskandidat Oberst Rosenow mit 97 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Demers Bratianu erhielt 49, Waresen 9 Stimmen, 9 Platz waren unbesetzt. Die Kammer verlegte sich bis zum 16. Mai.

Die letzte unter dem Vorfig des Reichstanzlers und Ministerpräsidenten v. Caprivi abgehaltene Sitzung des preussischen Staatsministeriums soll sich auch mit dem Entwurfsentwurf des Eisenbahnministers v. Manbad beschäftigt haben. Die Angelegenheit dürfte sich in Kürze entscheiden. Obgleich über die angelegte Kritik in unrichtigen Kreisen große Zurückhaltung beobachtet wird, ist es doch kein Geheimnis, daß seit längerer Zeit zwischen dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten und dem Finanzministerium nicht in allen Punkten Uebereinstimmung bestand. Herr v. Manbad, der die Interessen seines Ressorts stets kräftig zu vertreten verstanden hat, dürfte jetzt seine Lust zu weiteren Kämpfen verloren haben. In Bezug auf die eventuelle Nachfolgerwahl erinnert eine Berliner Korrespondenz des „Domb. Kor.“ daran, daß der Name des Präsidenten Zielien in Hannover zuerst nach dem Kaisermandat bei Sommer 1889 genannt wurde, daß ihm aber dieser Posten durch seine ungenügende Anerkennung für die rasche Beförderung der Truppen die bespöcher Anerkennung der Generalstabes erward. Als dann zwischen dem Generalstab und dem Hofen Waldorfer und der preussischen Staatsbahnverwaltung gewisse Differenzen über militärische Anforderungen an den Staatsbahndienst entstanden, wurde Waldorfer Hülten gegen den Chef des Ingenieurcorps General Holz jurist. als Nachfolger v. Manbads bezeichnet. Die Differenzen wurden jedoch bald zu beiderseitiger vollster Zurückziehung beigestellt. War auch das Parteifeinde erhalten möge, Herr v. Manbad wird für jeden Nachfolger in einer Richtung ein Verbot bleiben, nämlich in der Unabhängigkeit, die er gegenüber den Parteien, den Interessen, Parteien und Klängen, und auch seinen Kollegen, nicht Bismarck nicht ausgenommen, befestigt. Die „Münchener Allg. Ztg.“, welcher die Einreichung des Entwurfsentwurfes aus Berlin von „unrichtiger Seite“ bezeugt wird, drückt nachdrücklich, aus derselben Quelle stammende Bemerkungen ab:

Nachdem Herr v. Manbad die Durchführung des Staatsbahnenbauprogramms seinerzeit mit Energie und Umsicht vollzogen hatte, war im Wesentlichen die Aufgabe gelöst, die ihn ihm selbst gestellt hatte. Seine weitere Thätigkeit hat wenig Beachtung gefunden. Man hat dem Minister wohl mit Recht den Vorwurf gemacht, daß nachdem einmal das Hauptziel erreicht war, sein Verbleiben auf Erhaltung dessen anging, was vorhanden war, und es möglich sei, die Eisenbahn in der Verwaltung des Eisenbahndienstes, die durch die Fortschritte nach weitem Ausbau unlers Eisenbahndienst, nach Verbesserung der Kommunikationsmittel, nach größerer Raumwirtschaft der anderen Einrichtungen bleiben unbedenklich. War aber das Ziel erreicht, die Eisenbahn in der Verwaltung des Eisenbahndienstes, die durch die Fortschritte nach weitem Ausbau unlers Eisenbahndienst, nach Verbesserung der Kommunikationsmittel, nach größerer Raumwirtschaft der anderen Einrichtungen bleiben unbedenklich. War aber das Ziel erreicht, die Eisenbahn in der Verwaltung des Eisenbahndienstes, die durch die Fortschritte nach weitem Ausbau unlers Eisenbahndienst, nach Verbesserung der Kommunikationsmittel, nach größerer Raumwirtschaft der anderen Einrichtungen bleiben unbedenklich.

Sozial steht jedenfalls fest, nachdem nun einmal durch Herrn v. Manbad die Verwirklichung der Eisenbahnen durch 851 in sein Nachfolger ein guter Mann sein gefügt worden, wird kein Staatsbahndienst den Bedürfnissen des sich stets steigenden Verkehrs auch nur einigermaßen genügen soll.

Aus Nordfriesland wird uns geschrieben: Steht uns ein Rückblick bevor? Wir Deutschen der Nordmark haben feiner Sieg auf Sieg über die Dänen errungen. Die 1890 der deutsche Meeresbesatz die Zahl der deutschen Wahlmänner nahm stetig zu; in Städten und Flecken wurde die Vertretung ausschließlich deutsch; auch bei den Kirchgewahlen folgte ein Sieg dem anderen. Leider scheint in unserem Siegerlauf ein Stillstand eingetreten. Schon im Februar 1890 konnten im 1. Wahlgang von deutschen Stimmen von 3458 auf 3210, während die dänischen von deutschen Gemeindevorsteherstimmen in Perzode, wo die Dänen mit 102 gegen 17 deutsche Stimmen siegen, wieder heftig gemeldet; ein zweiter Mißerfolg der Deutschen ist in Alt-Soberleben im 1889 die deutschen mit 100 gegen 99 gegen 93 dänische Stimmen den Sieg errangen in der Landgemeinde wurden diesmal die dänischen Kandidaten fast einstimmig gewählt, 1889 gelang dies nur mit geringer Mehrheit, 74 gegen 57 Stimmen. Die neuesten Mißerfolge geben zu denken. Wenn auch die Siege der Dänen theilweise durch Heberumpelung erreicht sind, so ist doch die Wahlenthaltung beim geringen Beschäftigung der Deutschen ein Zeichen der Schwäche. Dies ist um so auffälliger, als neuerdings für ganz Nordfriesland ein deutscher Centralverein geschaffen ist. Aufsehen denkt jetzt Mangel: die Centralleitung wird Alles beorgen. Du samst ganz ruhig sein. Bei der vortrefflichen Organisation der Dänenpartei, deren Wählerverein für alle Kirchdörfer Vertretungsmänner bestellt, müssen überall die Deutschen sich vereinen ins Leben greifen werden; denn die Centralleitung ist außer Stande, Alles zu übersehen. Dies ist namentlich bei dem jämmerlichen Mord der dänischen Gemeindevorsteherwahlen der Fall, deren Antinomie vollständig an einem Sonntag von der Kanzel herab erfolgt; von einem bestimmten Termin ist keine Rede; in dem einen Orte wählt man hier eine Liste, die zur Wahlzeit ist, geht sehr oft seines Wahlrechts verlustig. Doch aber die Dänen über die Wahlen besser Bescheid wissen als die Deutschen, kann bei den hier herrschenden Zuständen nicht Wunder nehmen. Die Deutschen Nordfrieslands nämlich vertreten die Antilagen; Träger des Deutschthums ist außer den Beamten der Kaufmannschaft, der gebildete Bauer, Handwerker und Arbeiterstand; diese Elemente sind in ständiger Beziehung durcheinand fernliegend. Da aber die nordfriesische Geistlichkeit bis auf drei oder vier Prediger der harten Theologie angehört, so ist die Vertretung der Deutschen an Gottesdiensten eine recht schwache. Die deutschen Wahlen der Bildung sind den Deutschen an Bildung deutlich nach; der Bildungsunterschied zeigt sich schon in dem guten Deutsch auf der einen und dem entsetzlichen Rußlandisch auf der anderen Seite. Selbstverständlich giebt es in den führenden dänischen Kreisen sehr viele hochgebildete und geistreiche Männer — die dänischen Wählermassen aber sind weniger gebildet und namentlich sprachlos. Da sie im Ort, so ist es nicht zu verwundern, daß die Dänen die deutschen Gemeindevorsteher wieder besitzten. Unser bisheriges elendes Wahlloos bedarf dringend einer Reform. Der jetzige Wahlmodus ist die Hauptursache unserer Mißerfolge.

Die Herren Jantler, welche vorgeladen, nur die Hebung des Handwerkerstandes bewirken zu wollen, verfolgen bekanntlich rein egoistische Ziele. Sie verpflichten sich vieles von der demnachst aussondernden Handwerker, richtiger „Zunfts“-Konferenz. Es wäre sehr wünschenswert, wenn ihnen, in derselben einmal geübter, der Handwerker für gemacht würde, damit sie nicht noch übermüthiger werden, als sie bereits schon sind. Der geringe Reichthum der Handwerker, welcher zünftlerisch gefassten Zunftsangehörig, beabsichtigt nicht nur, die Kollegen, welche solchen Zunftsangehörig nicht angehören, auf jede Weise zu schädigen, wozu ihnen jeder auch in geistliche Handhaben, wie der befristete 3000, zu Gebote stehen, sondern greift auch bereits in das freie Selbstbestimmungsrecht der ganzen Bevölkerung in der amorphischen Weise ein. In Leipzig verurtheilt die Herren von der dortigen Baderinnung auf eine originelle Weise mit Gewalt einen festen Kundenkreis gegenseitig zu garantiren. Was dort „Zabl.“ bezieht darüber:

In der letzten Versammlung der Baderinnung ist ein Beschluß gefaßt worden, der für weitere Kreise des Publikums nicht nur Interesse, sondern auch eine einschneidende Wirkung haben dürfte. Derselbe verpflichtet die Mitglieder, Wadaooren nicht mehr in Häuser zu senden, in denen Zinngänger mitkleben mögen. Den dazugehörigen Handbilden soll mit der Strafandrohung von 100 Mark, die nöthige Moral beigebracht werden. Von einem vorgeschlagenen, etwas beschränkteren Beschlusse gegen die Zinngängerhandbilden hat man jedoch abgesehen. Da mit diesem Beschluß gegen eine nicht kleine Zahl der Zinngänger ausgesendet, das Dred und die Wadaooren nicht mehr dort zu laufen, wo es ihnen aus verschiedenen Gründen besser zugeht, die genaue Richtung haben wird, und ob derselbe überhaupt gerechtfertigt ist, dürfte zu bezweifeln sein. Wir kennen eine große Anzahl von Familien, die, obgleich sie in Häusern von Wädern wohnen, seit einer langen Reihe von Jahren in beschränkter Weise aus den Häusern der Baderinnung begehren, weil es ihnen kräftiger schmeckend erheute und besser mundet. Diese sollen also jetzt genungen werden, da es ihnen nicht möglich ist, ihren Bedarf an Wad aus 10 weitere Kreise zu besorgen, welche zu lassen, eine hohe nicht zulassende Wadaooren zu kaufen. Also ein Wadost im vollen Sinne des Wortes, wenn auch ein recht eigenartiger, da derselbe von der Baderinnung nicht nur gegen das Publikum, sondern insbesondere Abwe gegen die eigenen Zinngangsmittelbesitzer ausgesendet werden soll. Recht tröstlich ist übrigens die Bestimmung, daß dieser Beschluß erst mit dem 1. October d. J. in Kraft tritt. Es ist mithin den betreffenden Konsumenten noch eine längere Frist gestattet, ihren

... auch während des Winters mit nur kurzen Unterbrechungen ...

Lehrerbildung. 13. Mai. Unsere Universität wird im ...

Die Schöpfung. 13. Mai. Ein Schöpfungsgeschichte ...

... des Herzens eingebrungen. Größeres wurde sofort ...

Local-Newsichten und Vermischtes.

Ueber den dem Kaiser am gestrigen Nachmittag in Potsdam ...

... die Kaiserin ...

Die alte Börse am Luisenpark. Die 3. der ...

Die alte Börse am Luisenpark. Die 3. der ...

Die alte Börse am Luisenpark. Die 3. der ...

Die alte Börse am Luisenpark. Die 3. der ...

Die alte Börse am Luisenpark. Die 3. der ...

Die alte Börse am Luisenpark. Die 3. der ...

Die alte Börse am Luisenpark. Die 3. der ...

Einige der tapfersten Soldaten des Feldzugs 1870/71 ...

... die Kaiserin ...

Ein ganzes Conseratorium von Tieren ...

Die Lokomotive jermant. Auf dem ...

... die Kaiserin ...

kleine Chronik.

Die Rede des Kaisers bei dem Sommerfest ...

Umrechnungsblätter: 1 Dollar = 4.28 Mk. 1 Gulden = 2.25 Mk. 1 Reichsmark = 100 Pfennig.

Berliner Börse vom 16. Mai 1891.

Umrechnungsblätter: 100 Francs = 80 Mk. 100 Rubel = 12.10 Mk. 1 Livre Sterling = 20 Mk.

Main table containing various market listings such as 'Deutsche Anleihen', 'Ausländische Anleihen', 'Börsennotirungen', and 'Industrie-Obligationen'. Each section lists securities with their respective prices and yields.

Vertical text on the left margin, likely containing additional market data or news snippets.

Vertical text on the right margin, likely containing additional market data or news snippets.